

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 66 (2011)

Heft: 3

Artikel: Alle Faktoren des Bodenverbrauchs in der Schweiz müssen angegangen werden

Autor: Bieri, Hans

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891343>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Menschen, die Tendenz, den Planeten Erde in kurzer Zeit unbelebbar zu machen, oft nur mit nebensächlichen oder komplizierten oder weit weg liegenden Massnahmen und Forschungsprojekten zu bremsen? Warum nicht dort, wo es «logisch» ist? Warum brennen wir den Kälbern die Hörner aus dem Kopf, anstatt die Ställe den Kühen anzupassen? Warum forschen wir lange über Methan, anstatt den Fleischkonsum zu verringern und unsere Raufutter verzehrenden Tiere in angepasster Zahl und Rasse ihre geniale Umwandlungsleistung vollbringen zu lassen? Warum vergeuden wir so viele materielle und geistige Ressourcen, anstatt das Naheliegende zu tun: Etwas weniger von (fast) allem brauchen und verbrauchen. Nicht sparen mit griesgrämiger Haltung, nicht Gürtel enger schnallen in darbedem Verzicht, nur weglassen – und uns damit etwas mehr Zeit lassen für Aufenthalte im Schönen, im Wesentlichen.

Sind womöglich all die journalistischen, wissenschaftlichen und politischen Fürze und Rülpsen fast noch klimaschädlicher als jene der Kühe? Brauchen wir sie, um den vernünftigen Weg einer weltverträglichen Landwirtschaft zu erkennen? Mit dieser polemischen Frage soll natürlich nicht jeglicher Erkenntnisfindung das Wort abgesprochen werden, aber den gesunden Menschenverstand jenseits von ökonomischen und wissenschaftlichen Momentanbefunden darf sich kein Bauer und keine Bäuerin nehmen lassen. Sonst verbinden wir immer wieder jenen Finger, in den wir uns gar nicht geschnitten haben. Was Kühen gut tut, sollte nicht nur auf Schokoladeneinhüllungen oder in Werbefilmen erkennbar sein. Und deshalb, ob Sommerloch oder saure Gurkenzeit oder keines von beiden: Ich wünsche aller Kreatur, die dazu fähig ist, fröhlich-angeregtes Rülpsen und Furzen in freier Natur!

Alle Faktoren des Bodenverbrauchs in der Schweiz müssen angegangen werden

Erwiderungen von Hans Bieri¹ in der Debatte um Bodenverbrauch und Landschaftsinitiative.

1) Replik auf Bettina Dytrich² (K+P 2/2011): «Ein nationaler Blick auf ein globales Problem», das eine Gegengrede zu Hans Bieris Text «Erreicht die Landschaftsinitiative ihr Ziel?» (K+P 1/2011) war

Hans Bieri. Ich habe in meinem Beitrag in K+P 1/11 gesagt: «Solange wir nicht alle sozialen Zusammenhänge zwischen Arbeitsleistung, Kapitalbildung, Löhnen, Gewinnen und Vermögensbildung, Geldschöpfung, Zins- und Geldpolitik in unsere Analyse einbeziehen und wieder den Mut aufbringen, die Wirtschaft so umzugestalten, dass sie unseren Bedürfnissen dient, werden wir keinen Weg finden, unsere lebenswichtigen Ressourcen zu schützen.» Das heutige überbordende Immobilienwesen ist die Folge der Wachstumswirtschaft. Weil die Renditen in der Konsumgüterindustrie immer kleiner werden, werden zum Ersatz immer mehr Lebensbereiche zur Gewinnbildung erschlossen und die Abgaben, Mieten, Mehrwertsteuer, Mobilitätskosten usw. erhöht. Die Politik der gezielten Senkung der Schuldzinsen, seinerzeit durch (den Chef der US-amerikanischen Notenbank) Herrn Greenspan eingeleitet, hat System. Also versucht doch der Bürger und Konsument über Eigentum in Sicherheit zu kommen. Die treibende Kraft des Prozesses ist die private Geldschöpfung der Privatbanken, vor allem im Immobiliensektor (flankiert durch den faktischen

Anlagezwang der zweiten Säule [gemeint sind v. a. Schweizer Pensionskassengelder am Kapitalmarkt]), die mit billigen Ressourcen einerseits und genügend wachsendem Konsum mittels Zuwanderung einen Metropolisierungsprozess befeuern, der die Schweiz vollständig verstädert. Bleiben diese nicht gesicherten Wachstumserträge in Zukunft aus, kommt es zu fürchterlichen Verteilungskämpfen.

Und nun kommen Politiker, die das gründlich verschlafen haben, und meinen, mit dem Mieterschutz der 1930er Jahre könne man das noch richten, und sie beschimpfen das Publikum, das auf eigene Faust im Einfamilienhaus in Landgemeinden Sicherheit sucht vor ständig zunehmenden Lasten, der Qualitätsverschlechterung der Schulen etc. etc.. Also meine ich, muss man das Übel dort packen, wo es sich bildet: Weil das Finanzkapital die Grenzen der Profitraten der Konsumgüterindustrie nicht akzeptiert und Renditen von über 20% verlangt, wird mit tiefen Zinsen im Immobilien- und Dienstleistungsbereich eine Entwicklung angekurbelt, die gesamtwirtschaftlich gar nicht nachhaltig abgestützt ist. Das heisst, wir müssen zur produzierenden Wirtschaft, die uns versorgt, Sorge tragen, dagegen aber die Verschleissentwicklungen massiv einschränken, die durch das Rendite suchende, aber nicht produzierende Finanzkapital erzwungen werden. Hier müssen unheilige Allianzen zwischen

Befürwortern von Zuwanderung und weiterer Metropolisierung der Schweiz und den bereits dem Ausland gehörenden Grossbanken, welche dieses Geschäft betreiben, dringend aufgelöst werden.

Dytrich findet meinen Hinweis auf die begrenzte Bodengrundlage und die nicht mehr zu verantwortende Metropolisierung der Schweiz zum Stadtstaat mittels einem viel zu grossen Zuwanderungssaldo als «bedrohlich». Die Menschen sollen einfach mehr zusammenrücken, meint sie. Die Begrenzung der Ressourcen sei eine Frage des «Lebensstils», und sie verharmlost damit die gewaltige Verschleisswirtschaft und die ihr in Bälde folgenden Versorgungsprobleme. Sie tut meine Kritik an der Wachstumswirtschaft als «hypothetisch» (!) ab, unterstellt mir einen nationalen (sprich beschränkten) Blick auf ein globales Problem, lässt aber offen, was sie genau meint. Sie beschwert sich, dass Flüchtlinge in der Schweiz darben müssten, beklagt die Trennung «wir Schweizer» und die «Ausländer», und sie insinuiert Geldgeschäfte «der Schweiz mit Diktatoren». Obwohl diese in der Schweiz ansässigen Banken schon längst nicht mehr schweizerischen Eigentümern gehören (siehe warnenden Bericht von Botschafter Jagmetti aus den USA und die Verlautbarungen von Frau Dreifuss, SP, die ihn aus dem Amt gedrängt hat). Diktatoren übrigens, welche von den westlichen Grossmächten gegen die Entkoloniali-

¹ Hans Bieri, Geschäftsführer der Schweizerischen Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (www.svil.ch).

² Bettina Dytrich, Journalistin, schreibt u.a. für die linke Wochenzeitung WOZ (www.woz.ch).

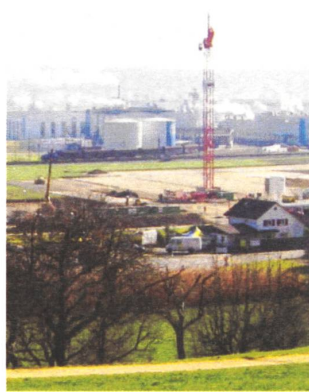
sierung eingesetzt wurden. Sie wischt meine Warnung, dass ein weiteres Wachstum zu einer Schweiz von 10 Millionen Einwohnern (siehe Graphik) untragbar sei, vom Tisch, mit dem Mantra «die Menschen sind da», obwohl die zwei Millionen eben noch nicht da sind.

Doch der Verstärkerprozess wird immer mehr Teil der sozialen Frage: steigende Soziallasten und steigende Privatgewinne. Er führt zu einer enormen Verschleisswirtschaft, welche die Volkswirtschaft ruiniert. Doch dies tritt erst dann zu Tage, wenn die heute verfügbaren Ressourcen ausbleiben und die Volkswirtschaft auf nachhaltige Strukturen umgerüstet werden muss. Ein wenig «Sand ins Getriebe streuen» (Elmar Altvater, Der grosse Krach, 2010) kann nicht mehr genügen. Von der neoliberalen Blase zur neosozialistischen Verwaltung des Kapitalismus ist es nicht weit. Der Präsident der Nationalbank, Phillip Hildebrand, sagte vor ein paar Monaten, «es gibt keine stabile Geldpolitik ohne Souveränitätsverzicht». Und er verbilligt das Geld dieser Tage nochmals, was die Metropolisierung der Schweiz weiterhin kräftig anheizt. Der Stadtstaat Schweiz als finale Lösung der lästigen nationalen Sicht?

Zur Lösung braucht es jedoch die ganze Gesellschaft, welche zu ihrer Naturgrundlage wieder in ein überblickbares Verhältnis kommen muss: Bevölkerungszahl/Bodengrundlage. Das ist nicht bedrohlich, im Gegenteil, das schafft überlebensnotwendige Transparenz über die Leistungsfähigkeit der Grundrente (verstanden als das, was aus dem Boden kommt und was wir mit Arbeitsteilung daraus machen) und über das, was real zu verteilen ist, ohne Ausbeutung von Natur und Menschen.

Es ist ja gerade das Finanzkapital, das die Entgrenzung will. Die

Foto: Homepage der SVIL



Überbaute Fruchtfolgefleichen.

Einsicht, dass die Natur begrenzt ist, verlangt strukturell jedoch nach überschaubaren dezentralen sozialen Einheiten, die in sich Bildung, Kultur, Arbeitsteilung und Verteilung zum Konsum in einem überblickbaren Währungsraum organisieren müssen. Eine Nation ist eine solidarische, souveräne (!) Ganzheit, welche sich selbst bestimmt und welche durch Arbeitsteilung und eine gemeinsame Währung verbunden ist. Sie schafft die Grundlage zur Freiheit des Individuums in einer freien Gesellschaft – und nicht die Weltwährung, noch die Aschenputtelökonomien der Transition-Towns.

2) Replik auf Raimund Rodewald (K+P 2/2011): «Die Landschaftsinitiative dient dem Schutz des Bodens» von Raimund Rodewald³

Hans Bieri. Mein Artikel in K+P 1/11 versucht, die Landschaftsinitiative und das Moratorium im Besonderen als Beitrag zur Lösung der begrenzten Ressource Boden zu beurteilen. Und ich komme zum Schluss, dass die Landschaftsinitiative das Problem verschlimmert: die besten Böden insbesondere durch den angekündigten Zertifikatshandel also noch schneller verlorengehen als ohne Moratorium. Ich stehe mit diesem

Urteil keineswegs allein. In gleicher Weise hat sich Frau Jacobs vom WSL (Wald, Schnee und Landschaft) an der Tagung der Bodenkundlichen Gesellschaft, die ebenfalls dem Schutz des Bodens dient, im Februar 2011 in Frauenfeld geäussert.

Rodewald behauptet, ich vergässe zwei Dinge. Nämlich dass die Initianten nicht «in erster Linie von einem Zertifikatshandel» sprechen. Gut, dann halt erst in zweiter Linie. Nun aber ist doch rund die Hälfte der Replik von Rodewald in zustimmendem Sinne dem Zertifikatshandel gewidmet. Und er unterstreicht, dass die Zertifikate zu einer häuslicheren Bodennutzung beitragen und die Baulandhortung bekämpfen würden.

Das Zweite, das ich seiner Meinung nach «vergesse», sei, dass meine «Fokussierung auf die guten Böden im Mittelland zu einseitig» sei. Begründung von Rodewald: «Die AP 2014-2017 will explizit die Berggebietslandwirtschaft schützen». Gut. Es bestätigt nur, was ich sagte: Dann werden die Bauzonenzertifikate im Wallis aufgekauft und an die metropolitanen Boomstandorte in die Bandstadt zwischen Genfer- und Bodensee transferiert, wo eben dann die guten Ackerböden schneller als ohne Zertifikatshandel überbaut würden. Rodewald: «Da die Gesamtmenge der Zertifikate begrenzt ist, wird der ziellosen Ausdehnung der Bauzonenfläche ein Riegel geschoben.» Das ist nicht das Verdienst des Zertifi-

katshandels: Die Bauzonenfläche wäre an sich durch das Moratorium der heute rechtsgültig ausgeschiedenen Bauzonen bereits begrenzt – ohne Zertifikatshandel. Durch den von den Initianten befürworteten Zertifikatshandel, der eben eine unvermeidliche Folge des Moratoriums ist, wird nun aber die Begrenzung des Baulandes an den guten Lagen des Mittellandes durchbrochen. Und damit tritt eine Beschleunigung des Verbrauches der besten Böden ein. Endlich kommt dann Rodewald am Ende seiner Replik selbst drauf: «Nicht sichergestellt werden kann mit Zertifikaten, dass an den raumplanerisch gesehen «richtigen» Orten gebaut wird. Hier bräuchte es zusätzliche staatliche Steuerungen, z.B. den Schutz der Fruchtfolgefleichen...» – Gerade das ist ja das Problem, dass dieser Schutz nicht greift: Der Kanton Zürich hat die FFF bereits um rund 5000 ha unterschritten! Was passiert? Das ARE (Amt für Raumentwicklung) des Bundes erlaubt dem Kanton Zürich, die fehlenden FFF einfach in die nächstschlechtere Fruchtbarkeitsstufe, die für den Ackerbau nicht mehr geeignet ist, zu verschieben. Und weil eben der metropolitane Druck der ganzen Finanzwelt so enorm gross ist und die FFF seit 25 Jahren immer mehr von den besten Lagen verdrängt werden, dürfen wir nicht den Druck auf die besten Ackerböden mit dem Zertifikatshandel noch verstärken. ●

Zum Kontext dieses Forumsbeitrags

Landschafts- und Bodenschutz, Kapitalismuskritik und Zertifikatshandel sowie die Bevölkerungszunahme in der Schweiz durch Zuzug/Einwanderung sind Stichworte einer inhaltlich und rhetorisch teilweise sehr heftig geführten Debatte in den Nummern 1 bis 3/2011 von Kultur und Politik.

Auslöser war eine Forumsfrage der Redaktion zur Bewertung der Eidgenössischen Initiative «Raum für Mensch und Natur» (www.landschaftsinitiative.ch). red

³Raimund Rodewald, Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (www.sl-fp.ch).